

AW: Fragen zur Energiepolitik und zur Weltklimakonferenz

Von **Grundmann Oliver** 

An **Mahnwache für den Atomausstieg (Buxtehude)** 

Datum **08.02.2019 15:40**

Sehr geehrter Herr Ringleben-Fricke,

vielen Dank für Ihr Schreiben. Anbei sende ich Ihnen meine Antworten.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Grundmann

Oliver Grundmann MdB



Wahlkreis Stade I – Rotenburg II

Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

1) Den Grund dafür, dass Deutschland die selbstgesteckten Klimaziele 2020 verfehlt sehen Sie darin, dass wir „eine Exportnation sind, die sehr viel produziert“. Das wirft die Frage auf, wie sich Deutschland klimapolitisch weiterentwickeln wird, falls wir auch in Zukunft eine Exportnation bleiben, die sehr viel produziert.

Daher bitten wir Sie um Auskunft, für welche Klima- und CO₂-Einsparziele Sie sich in Bezug auf das Jahr 2030 sowie für das Jahr 2050 einsetzen. Welche Entscheidungen sollten dafür noch bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode getroffen werden? Und welche Entscheidungen müssten dann in der nächsten Legislaturperiode getroffen werden?

Wir haben uns ehrgeizige Klimaziele gesteckt, die besagen, bis 2030 mind. 55% und bis 2050 mind. 80% der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 einzusparen. Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, sicherzustellen, dass die Klimaschutzziele verbindlich umgesetzt werden. Hierzu wollen wir in dieser Legislaturperiode einen rechtlich verbindlichen Rahmen verabschieden. Vor allem wird es darum gehen, kluge technologieoffene Anreize zu schaffen – etwa im Bereich der Mobilität: Das Rennen um die zukunftssträchtigste Antriebstechnologie ist noch lange nicht entschieden: Ob Oberleitungen, Brennstoffzellen, Power-to-Liquid oder Batterie-Technik – die Zukunft wird zeigen, welche Technik am effizientesten einsetzbar sein wird, um z.B. die Verlagerung der Verkehrsleistung von PKW und LKW auf Schienen-, Binnenschiff-, Busverkehr zu übertragen. Auch die steuerliche Förderung von Gebäudesanierung ist ein Feld, in dem wir viel mehr für den Klimaschutz tun könnten. Hier bremst uns aber aktuell unser Koalitionspartner aus. All das sind Ziele, die in dieser und in der nächsten Legislaturperiode tatkräftig angegangen werden müssen.

2) Sie stellen ferner fest: „Der Weg in die erneuerbaren Energien, den wir hier an der norddeutschen Küste mit der Windkraft gehen, ist aus meiner Sicht genau das Richtige“.

Dem können wir voll und ganz zustimmen. Denn neue Offshore-Anlagen werden Windstrom in Zukunft weitestgehend ohne staatliche Zuschüsse erzeugen. Und durch den künftigen Wegfall der norddeutschen Atomkraftwerke stehen in den Netzen ausreichende Leitungskapazitäten zur Verfügung.

Dennoch ist der Ausbau der Offshore-Windkraft auch nach den beschlossenen Sonderausschreibungen immer noch so stark limitiert, dass der bereits begonnene Abbau von Tausenden Arbeitsplätzen in der „Windindustrie“ weitergehen wird und ein „Fadenriss“ bei der deutschen Produktion von Windkraftanlagen zu erwarten ist.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2017 haben Sie zum Ausbau der Windkraft angemerkt: „Wir dürfen uns ... nicht übernehmen und brauchen realistische Zielvorgaben.“ Dazu haben wir nun folgende Fragen: Welche Zielvorgaben zum Ausbau der Windkraft sind Ihrer Meinung nach realistisch. Für welche – über die beschlossenen Sonderausschreibungen hinausgehenden - Zielvorgaben zum Ausbau der erneuerbaren Energien setzen Sie sich in Ihrer Fraktion und im Rahmen Ihrer politischen Arbeit ein?

Im November hat das Parlament Sonderausschreibungen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen beschlossen. Sie können davon ausgehen, dass ich als Vorsitzender der Küstenparlamentarier für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag den Anlagenbetreibern im Sinne der entkarbonisierten Energiegewinnung voll und ganz zur Seite stehe. Dennoch bitte ich um Ihr Verständnis, wenn ich mit konkreten Zielvorgaben vorsichtig bin, um keine falschen Erwartungen zu wecken.

3) Ihre Forderung, Speichertechnik voranzubringen, finden wir sehr gut. In diesem Zusammenhang müssen aber die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Stromspeicher so angepasst werden, dass deren Betrieb wirtschaftlich ist.

Denn viele vorhandene Stromspeicher sind aufgrund von staatlichen Abgaben (z.B. doppelte EEG-Umlage) nicht mehr wirtschaftlich und wurden zum Teil schon stillgelegt, zum Beispiel das Pumpspeicherwerk Geesthacht an der Elbe. Warum haben Sie sich bisher nicht dafür eingesetzt, die Wirtschaftlichkeit solcher Speicher durch Überarbeitung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern?

Die doppelte Besteuerung durch die EEG-Umlage halte ich ebenfalls für einen Fehler. Für die Abschaffung mache ich mich in Berlin stark. Dies ist ein komplexes Thema und muss weiterdiskutiert werden. Hier sind die richtigen Antworten noch zu finden.

4) Eine Nagelprobe der Energiewende sind nach unserer Auffassung die Planungen zur künftigen Energieversorgung der Chemie-Industrie an der Elbe in Stade/ Bützfleth. Unsere Frage dazu ist: Unterstützen Sie weiterhin die Planungen für eine Kohlekraftwerk und wie ordnen Sie so eine langfristig wirkende Investition im Hinblick auf den angestrebten Weltklimavertrag ein?

Nach vorliegenden Informationen hatte die DOW Chemical kein konventionelles Kohlekraftwerk geplant. Durch modernste Technologien könnten dann sowohl fossiles Gas als auch Wasserstoff, Biomasse und Steinkohle als Brennstoffe eingesetzt werden. Bei einem solchen Kraftwerk hätten wir eine Brennstoffeffizienz von bis zu 60 Prozent und würden dann rund 40 Prozent weniger CO2 emittieren. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Kohlekommission wird sich zeigen, ob eine solche Investition heute noch lohnt. Diese Entscheidung ist eine rein unternehmerische, keine politische.

Außerdem haben Sie sich zur öffentlichen Kritik am Bau eines LNG-Terminals geäußert. Demnach wissen Sie schon heute, dass ein Großteil des LNG aus Katar stammen wird. Auf Druck aus den USA hat aber die EU-Kommission zugesagt, dass die EU-Staaten demnächst mehr verflüssigtes Erdgas aus den USA einführen werden. Nordamerikanisches LNG stammt häufig aus Fracking-Verfahren und hat auf dem US-Markt zu Preissenkungen geführt. Daher haben wir folgende Fragen:

5) Aufgrund welcher Tatsachen können Sie den Fracking-Gas-Anteil an künftigen LNG-Lieferungen schon heute abschätzen?

Den Fracking-Gas Anteil kann ich weder abschätzen, noch habe ich mich dazu geäußert.

6) Aufgrund welcher Fakten sind Sie schon jetzt sicher, dass eine die Belieferung des künftig möglichen LNG-Terminals zum Großteil dann aus Katar erfolgen wird?

Katar ist der weltgrößte Exporteur von Erdgas. Am Ende wird der Markt darüber entscheiden, woher das Gas bezogen wird. Es gibt zahlreiche Bezugsquellen. Der Bereich Power-to-X bietet ebenfalls Chancen für sonnenreiche Regionen. Wir werden synthetische Kraftstoffe perspektivisch ebenfalls außerhalb Europas beziehen, z.B. aus Ländern Afrikas.

7) „Frackinggas“ im Zusammenhang mit dem LNG-Terminal wird von Ihnen als „Kampfbegriff“ bewertet. Können Sie das näher erläutern? Halten Sie einen Import von ausländischem LNG aus Fracking-Gas für unbedenklich? Und wenn ja warum?

Eine Differenzierung zwischen Erdgas, das mit oder ohne Fracking-Technologie gefördert wird, findet heute kaum noch statt. Dahinter liegt die Motivation, Gas als Energieträger zu verunglimpfen. Dieses Spiel mache ich nicht mit. Wir brauchen Gas als Brückentechnologie, weil wir sonst unseren Energiebedarf in Deutschland nicht decken können. Z.B. im Bereich der Seeschifffahrt ist LNG sehr sinnvoll: Im Vergleich zum konventionellen Schweröl emittieren LNG-angetriebene Schiffe 25 Prozent weniger CO₂, 99 Prozent weniger Schwefelverbindungen, 99 Prozent weniger Feinstaub und 85 Prozent weniger Stickoxide.

8) LNG wird als konkurrierender Energieträger zu dem - per Rohrfernleitung importieren- Erdgas aus Nachbarländern und Russland betrachtet. Unter Klimaschutzaspekten kritisch ist dabei unter anderem der hohe Energiebedarf der zusätzlichen Prozessschritte für die Erzeugung von LNG einzustufen. Wie bewerten Sie - im Hinblick auf den angestrebten Weltklimavertrag - LNG im Vergleich zu Erdgas?

Im Kontext der derzeitigen russischen Außenpolitik halte ich es für keine kluge Idee, sich von russischem Gas abhängig zu machen.

9) In Anbetracht der beabsichtigten Dekarbonisierung der Energieproduktion wird im Jahr 2050 möglicherweise gar kein Gas (LNG und/oder Erdgas) mehr benötigt – oder zumindest sehr viel weniger als heute. Es stellt sich daher die Frage, ob Investitionen von Hunderten Millionen von Euro überhaupt Sinn machen, wenn 25 Jahre nach (eventueller) Fertigstellung eines ersten LNG-Terminals (fast) gar kein Gas mehr benötigt wird. Daher haben wir die Frage: Wie ordnen Sie die hohen Infrastruktur-Investitionen in ein LNG-Terminal im Hinblick auf den Klimaschutz ein. Sind solche Investitionen sinnvoll, wenn zu befürchten ist, dass eine Betriebseinstellung aus Klimaschutzgründen schon lange vor der Refinanzierung der Investitionen erfolgen wird?

Grundsätzlich entscheiden Investoren darüber, ob sich eine solche Entscheidung lohnt. In der internationalen Hochseeschifffahrt beispielsweise wird LNG noch nach 2050 als Brückentechnologie zum Einsatz kommen, weil der Dekarbonisierungsprozess in dieser Branche voraussichtlich länger dauern wird, als in nationaler Energieerzeugung. Sollte uns im Bereich der Energieproduktion bis 2050 die vollständige Dekarbonisierung gelungen sein, wäre das ein riesiger Erfolg, auf den wir mächtig stolz sein können. Im Übrigen bietet LNG-Infrastruktur hervorragende Chancen zur Nutzung von regenerativ erzeugtem LNG oder Windwasserstoff an. Eine solche Investition bietet zahlreiche Nachnutzungen.